

Überdecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Überdecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile über deren Raum 60 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Ämtliches Publikationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 44.

Freitag, den 21. Februar 1919.

26. Jahrg

Hazardreue.

„Hazardreue nenne ich den Mann, der alles auf eine Karte setzt, ohne die Folgen zu bedenken, die ein Verlassen dieser Karte nach sich zieht.“ So hat Scheidemann dem Feldmarschall Hindenburg auf dessen Schreiben geantwortet. Damit hat Scheidemann die Politik Ludendorffs sachlich richtig gekennzeichnet. Aber mit dem Verschwinden Ludendorffs, seiner Flucht nach Schweden, ist der Typ des politischen Hazardreues in Deutschland noch keineswegs ausgefallen.

Da ist die Clique, die Ludendorff in seinem Spiel unterstützt hat, und sie hazardiert lustig weiter. Der Vorstoß der Rechten in der Nationalversammlung mit der Interpellation Dr. Heinze, war typisches Bankrotspiel. Selbst der den Schwerindustriellen doch nicht abgeneigte „Kokalanzeiger“ gesteht zu, daß der Sache des deutschen Volkes mit dieser Interpellation ein schlechter Dienst erwiesen worden ist.

„Wir stehen. — schreibt der „L. A.“ — im Zeichen tiefster nationaler Not, und schon rüffel Marschall Foch zum letzten Schlag gegen uns. In solcher Lage müssen wir alle endlich parteipolitische Zünkereien vermeiden, die in die Niederungen und Einseitigkeiten vorgeschaffter Schuldverhältnisse auslaufen.“

Solche Mahnungen dürften aber auf Leute vom Schlage des Schwerindustriellen Boegler wenig Eindruck machen. Er hat ja selber betont, daß er „als Vertreter einer Industrie“ sprach, damit seine Eigenschaft als Volksvertreter verneinend. Und so wenig wie er fühlten sich jene Herren als Vertreter des Volks, die jüngst im Kaiserpalast des Rheingoldes unter der Firma „Bund der Landwirte“ ihre provozierenden Sprüche vom Stapel ließen. Auch hier reinste Hazardpolitik! Die Karte, auf welche diese Herren gesetzt haben, ist die monarchische Restauration, und wenn diese Karte verjagt, so ist diesen ganz gleichgültig, ob sie mit ihrer aufreizenden Politik weiter zur Verwirrung unserer Zustände beitragen. Denn das müßten sich die Herren bei dem gerinnenden Nachdenken sagen, daß ihre Redensarten, mit denen sie den dröhnenden Beifall eines kleinen Kreises von Gesinnungsgenossen hervorlocken, Wasser auf die Agitationsmühlen der Spartakusmänner sind.

Der Kaiserstoß, mit dem Herr von Oldenburg-Januschau seine Rede schloß, kann natürlich zum Anlaß werden, daß morgen wieder ein paar Kohlenzehen stillstehen. Aber diese Folgen genieren die junkerlichen Hazardreue nicht, sie sind wohl das Hazardspielchen nicht nur aus der Politik gewohnt, und es bleibt ihnen eine unentbehrliche Beschäftigung, selbst nachdem sie schon einmal elend verspielt haben.

Von den Hazardreuen der äußersten Rechten profitieren die Hazardreue der äußersten Linken. Auch Spartakus ist ein politischer Hazardspieler. Seine Karte heißt „Weltrevolution“, für sie riskiert er den völligen Ruin des gesamten Volkes. Auch Spartakus weiß, daß seine Politik uns in den Abgrund führt, wenn seine Karte verjagt, aber nach Art der echten Hazardreue stört ihn das nicht, und — er sucht mit aller Gewalt das Volk in den Abgrund zu stoßen. Im Industriegebiet, dem Lebenszentrum der Volkswirtschaft, wird der Generalkrieg proklamiert. Die Hochöfen müssen ausgebläsen werden, zahllose Schächte fangen bezetzt an, zu ersaufen. Die notwendige Folge ist, daß die Arbeitslosigkeit und der Mangel allenthalben noch größer werden, daß auch die Industrien erliegen, denen der Bergbau erst den Lebensstoff spendet. Tut nichts, die Weltrevolution wird kommen, und dann wird alles mit einem Schlage gut sein!

Wir haben Aussicht, von der Centente Lebensmittel zu bekommen, aber Spartakus hindert mit der Stilllegung der Industrie, daß wir sie bezahlen können. Die Lebensmittelgeschäfte dürfen nur auslaufen, wenn es dem kommunistischen Seemannsbund paßt. Die Folge ist: wir bekommen keine Lebensmittel und müssen noch mehr hungern. Tut nichts, sagt Spartakus, dafür kommt die Weltrevolution, und dann wird alles mit einem Schlage anders. Und wenn die Spartakuswirren der Centente Anlaß geben, immer weiter in Deutschland einzumarschieren, immer höher ihre einseitigen Forderungen an uns heraufzuziehen, Spartakus vertröstet seine Gläubigen auf die Weltrevolution, die alles ändern wird. Wenn aber die Karte verjagt, dann — — ?

Das deutsche Volk hat nun einmal zu spüren bekommen, wozu auch die genialste Hazardpolitik führt. Die Niederlage mit ihren Folgen ist eine bittere Lehre, sich nicht nochmals Hazardpolitiken anzuvertrauen, mögen sie von links oder von rechts lauten. Weder die Spieler mit der monarchischen Restauration noch die Spieler mit der Weltrevolution können das deutsche Volk aus seinem Elend retten. Aus der jetzigen Lage retten weder Wunder noch Glücksspiel, sondern rettet allein zähe und zielbewußte Arbeit. Nur auf dem Wege der Tüchtigkeit und des Schaffens werden wir uns emporarbeiten, nicht auf dem Wege der wilden Spekulationen und des Vertrauens auf Glückszufälle, die außerhalb unserer eigenen Wirkensmöglichkeit liegen.

Ein gebranntes Kind scheut das Feuer. Ein Volk, das den Hazardreue Ludendorff soeben hinter sich hat, sollte davor gefeit sein, neuen Hazardreuen in die Hände zu fallen.

Nationalversammlung.

Die heutige Sitzung der Nationalversammlung nahm einen merkwürdigen Verlauf. Geplant war, daß heute die drei Vertreter der drei Oppositionsparteien, Deutschnationalen, Deutsche Volkspartei und Unabhängige Sozialdemokratie zum Worte kommen und die zweite Reihe der Parteiredner abschließen sollten. Die Redner der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, Dr. Traub und Professor Kahl hielten jedoch so unendlich lange Vorlesungen und machten so außerordentlich brüchige Ausführungen über den Verlust des Krieges und die Revolution, daß durch ihre Ausführungen und die notwendigen Antworten der Minister Landsberg, Schiffer, Erzberger und Götthe in die ganze Sitzung bis in die 8. Abendstunde hinein ausgefüllt wurde. Da wollte der Präsident vertagen. Die Mehrheitsparteien entschieden sich jedoch für Weiterverhandlung, und so begann um 7 1/2 Uhr Frau Zieg ihre auf 2 Stunden angekündigte Rede.

Irgendwie gefördert sind die praktischen Arbeiten der Nationalversammlung durch diese Dauerreden keineswegs worden. Es bleibt als Ertrag der heutigen Sitzung lediglich die ausgezeichnete Rede des Genossen Landsberg über das Recht auf Revolution und die Errungenschaften, welche die Revolution uns gebracht hat. Eine Rede, welche zugleich die alldeutsche Kriegsschule und die alldeutsche Verantwortung für Deutschlands Zusammenbruch auf das schlagendste feststellte.

In der 10. Abendstunde wurden die Kreditgesetze in erster und zweiter Lesung angenommen.

Meimar, 20. Februar.

Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 2.20 Uhr. Das Haus wendet sich zur Erledigung der Kreditvorlage. Dazu liegt eine Reihe von Anträgen vor, die die Herabsetzung bzw. die Ablehnung des Kredites fordern.

Dr. Traub (DVP): Dem Vordringen der Südslawen in Osterrreich sollte man mehr Beachtung schenken. Eine Kulturpflicht ist es, unserer deutschen Brüder außerhalb der Reichsgrenzen zu denken. Leider wird in der offiziellen Presse dem deutschen Volke der ganze Ernst der Lage noch immer nicht deutlich vor Augen geführt. Einmütig protestiert das deutsche Volk gegen die Aufrechterhaltung der Blockade und gegen die Zurückhaltung unserer Kriegsgefangenen. Den 15 Milliarden alten Kredit bewilligen wir selbstverständlich, ebenso die 300 Millionen zur Förderung des Wohnungswesens.

Finanzminister Schiffer: Ich bitte, alle diese Anträge abzulehnen. Von den 25 Milliarden sind 15 bereits verausgabt, und durch die Wechselverpflichtungen des Reiches auch schon weitere 3 Milliarden verbraucht.

Reichsminister Götthein: Der Abg. Traub hat eine Verzweigungspolitik darin finden wollen, daß wir die fürchterlichen Waffenstillstandsbedingungen angenommen haben. Wir haben es erst nach sehr eingehender Erörterung getan, weil wir uns eben in einer verzweifelten Lage befinden. Die verfehlte Aufassung, daß allein ein scharf geschliffenes Schwert die beste Sicherung des Friedens sei, die Großmannsicht unserer Fiktionspolitik, die Tatsache, daß unsere auswärtige Politik schließlich nicht von Diplomaten, sondern von General- und Marineoffizieren gemacht wurde, das ist die Schuld des alten Regiments und all derer, die zu ihm gestanden haben. Das Rechtsbewußtsein des deutschen Volkes ist vor allem durch die Sünden des Militarismus rettungslos erschüttert. Hier wieder Ordnung und Sicherheit zu schaffen, ist die heiligste Aufgabe der Regierung und der Mehrheit dieses Hauses.

Reichsminister Erzberger: Wir treiben in der Waffenstillstandskommission eine Politik der kühlen Vernunft und des klaren Rechts. Wer an den Abmachungen des 5. November das Gerinste zu ändern sucht, erschwert die Lage des deutschen Volkes in unerantwortlichster Weise. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.) Die 14 Punkte Wilsons sind nicht überschritten worden.

Dr. Kahl (DVP): Auch wir sind der Meinung, daß das Frankensystem jetzt ein dauernder Bestandteil unserer politischen Rechte sein muß. Wir werden es auch in die evangelische Kirchenversammlung einbringen. Meine Fraktion beantragt die Heberweisung des Nachtragesatzes an eine Kommission. Beirührend, ja beschämend und niederdrückend ist die Wahrnehmung, daß der Zusammentritt der Nationalversammlung und die Bildung der neuen Regierung an den Zuständen im Reich nichts Wesentliches geändert hat. Auch der mangelhafte Obriktionsakt ist nicht so schlecht registriert worden, wie der Volksrat vom 9. November bis 6. Februar. Ohne die Revolution lebten wir heute in ruhigeren und gesünderen Verhältnissen. (Stürmischer Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Reichsminister Landsberg: Die Unabhängigkeit der Richter, die ich als höchstes Rechtsgut stets wahren werde, war gar nicht gefährdet. Herr Kahl meint, wir würden ohne Revolution zu einer Monarchie mit freirechtlichen Institutionen gekommen sein. Es liegt mir fern, den gewesenen Kaiser anzugreifen, der vom Unglück schwer getroffen und von dem ich nicht verkennen will, daß seine Absichten gute und reine gewesen sind, aber ich tue dem Kaiser sicher nicht Unrecht, wenn ich sage, daß er nicht mehr insandte war, umzulernen. Niemand hätte er sich unter eine freirechtliche Verfassung gebeugt. Die Behauptung des Herrn Kahl, daß noch im Oktober eine nationale Verteidigung nötig gewesen wäre, hat mir große Bedenken verursacht. Den

Wunderglauben sollte man doch aus der Politik ausscheiden. Was das deutsche Volk ruiniert hat, das war der Dünkel des Hebermutes. Das Gottesgeschick der russischen Revolution hat man vergeblich und damit war das Schicksal Deutschlands besiegelt. Zwei Wünsche habe ich für mein Volk: Die Freude zu leben und Mut. (Lebh. Beifall bei der Mehrheit.)

Präsident Fehrenbach stellt um 7 Uhr die Frage, ob noch die nächste Redner-Garnitur heute zu Worte kommen soll. Die Presse werde aber kaum in der Lage sein, in so später Stunde noch eine geordnete Berichterstattung durchzuführen. Das Haus beschließt, die Beratung fortzusetzen.

Frau Zieg (Unabh.) nimmt das Wort zu einer zweifelhafte Rede. Scharfe Angriffe richtet sie gegen Moste und seine Moskew-Garde. Heimatlich und Grenzschutz hält sie für unnötig. Wegen der Bezeichnung des Eisernen Kreuzes als Blutmal erhält sie einen Ordnungsruf, desgleichen für ihre Schlußworte, in denen sie von dem Kainszeichen des Bruderermordes der Regierung sprach. Ebenso erhielten zwei Unabhängige, die diesen Auspruch mit einem „Sehr richtig!“ bekräftigt hatten, ein Ordnungsruf.

Der Antrag auf Verweisung der Kreditvorlage an einen Ausschuß wird gegen die Stimmen der Mehrheit und der Unabhängigen abgelehnt.

Der unabhängige Sozialist Huth-Gotha spricht für die Ablehnung des Kredites und wird schließlich, als er über die Vorgänge in Gotha spricht, vom Präsidium unterbrochen.

Als Gotheischer Bevollmächtigter vertritt darauf ein Dr. Löwengardt aufzutreten. Erzberger teilt jedoch mit, daß die Regierung befragt habe, einen Vertreter von Gotha nicht anzuerkennen, da die in der Notverordnung enthaltenen Berechtigungen für die Zulassung nicht erfüllt seien. Unter ungeheuren Lärm der Unabhängigen wird der angebliche Regierungsvertreter aus dem Hause entfernt. Schließlich wird die Kreditvorlage unter Ablehnung aller Anträge in zweiter und auch in dritter Lesung gegen die Stimmen der Unabhängigen und Deutschnationalen angenommen.

Nächste Sitzung: Freitag 2 Uhr. Schluß gegen 10 Uhr.

Nürnbergener Revolutionsgewinnler.

Unter dieser Ueberschrift bringt unser Nürnberger Parteiblatt einen Artikel, in dem es gegen die gewissenlosen Futtschisten zu Felde zieht. Unser Feindblatt schreibt, daß die gewissenlosen Elemente eine zielbewußte Hege unter den Frauen und jungen Soldaten trieben, die sie damit führten, daß eine Menge Lebensmittel dem Volke vorenthalten würden. Damit wollte man zugleich die eigenen Sünden ablenken. Denn bei der Massenemonstration am Dienstag konnten die sozialdemokratischen Redner bereits auf das Treiben der „Revolutionsgewinnler“ hinweisen, welche die Depots ausplünderten, verhaftete Lebensmittelhändler in Freiheit setzten und die Aktien wegräumten, um die weitere Verfolgung dieser Ehrenmänner unmöglich zu machen. In einer Versammlung der Vertrauensleute der Nürnberger Betriebe, die am Dienstag in Nürnberg tagte und über die wir ausführlich berichteten, wurden weitere Mitteilungen über diese schamlosen Schabungen gemacht. Ein Nürnberger Richter greift zu der ungewöhnlichen Maßnahme und veröffentlicht in unserm Parteiblatt folgendes aus einem schwebenden Strafverfahren:

Am 14. Februar 1919 habe ich den Kaufmann Ferdinand Gorkli, Mitglied des Volkzugsausschusses des Arbeiterrates, und den Kaufmann Hans Tröber, beide aus Nürnberg, auf Grund einer Anzeige des Kommandos 3. A.-K. in Untersuchungshaft genommen. Beide sind dringend verdächtig, in Gemeinschaft mit den Mitgliedern des Volkzugsausschusses des Soldatenrates Leinwand d. R. Hess und Gefreiter Breitensack mit dem Vorgehen, der Soldatenrat Grafenwöhr benötigte Waren im Gesamtanfang von 49 800 Mk., die Intendantur 3. A.-K. zum Vorgehen von 250 Kisten Pfeffer, 250 Kisten Schokolade, 13 Sad Zucker, 19 Kisten Pfeffer, 20 000 Zigaretten, 3200 Liter Wein gegen Bezahlung bestimmt zu haben. Hierzu gingen nach Grafenwöhr lediglich 802 Liter Wein und 20 000 Zigaretten. Den übrigen Wein, sämtliche Pfeffer und Schokolade erhielt die Firma Georg und Josef Meier für 68 724 Mark. Der Verbleib der übrigen Waren ist teilweise nicht festgestellt. Von dem Gewinn erhielten Tröber etwa 10 000 Mk., Breitensack 3500 Mk., Hess 6000 Mk., Gorkli 4300 Mk. und der Geldgeber, der Kartoffelgroßhändler Huber, Schwiegervater des Bruders des Gorkli, 5200 Mk.

Auf Grund dieses Sachverhalts waren die Beschuldigten eines Vergehens des Betrugs und eines Vergehens der Preistreiberei durch unklare Warenschaften dringend verdächtig.

Am Sonntag, 16. Februar 1919, nachmittags, erschien bei dem Untersuchungsgefängnis eine Zivilperson mit 12 bewaffneten Soldaten und verlangte auf Grund eines auf den Namen Grafenwöhr ausgestellten, mit Saucer unterfertigten Ausweises des Arbeiter- und Soldatenrates Nürnberg die sofortige Freigabe der Häftlinge. Der Gefängnisinspektor fügte sich der Gewalt und ließ die Beschuldigten frei.

Es wird festgestellt, daß zwei der widerrechtlich enthafteten Lebensmittelhändler der „unabhängigen“ Partei angehören. Herr Erhard Bauer, der die Enthaftung veranlaßt hat, ist der Vorsitzende des Zentralverbandes der Handlungsgeschillen, ferner Vorsitzender der „unabhängigen“ Partei in Nürnberg und war deren Kandidat bei der Landtagswahl am 12. Januar.

Der Zusammenhang der „unabhängigen“ mit der Spartakusgesellschaft ist bei dem letzten Putsch, und zwar bei seiner Vorbereitung wie bei seiner Ausführung, klar hervorgetreten. Auch

In der Ausführung der angeblichen „zweiten Revolution“ für die sehr privaten Zwecke der Unruhestifter ist eine volle Uebereinstimmung der beiden Gruppen zu verzeichnen.

Auch die Plünderung von militärischen Bekleidungsdepots in der Nacht zum Montag zeigt, daß es den Banditen, die mit geschlossenen Maschinengewehren und Handgranaten die Stadt Nürnberg zeitweise terrorisierten, auf nichts anderes ankam als auf Revolutionsgewinn. Es sind nun uniformierten Räubern und Zuhältern, die als militärische „Wachen“ auftraten, Bekleidungsstücke, Stiefeln, Lederzeug, Unterwäsche, Hahnen usw. im Werte von vielen Hunderttausenden entwendet worden. Die Sachen werden zum Teil in Wirtschaften, zum Teil sogar auf der Straße verkauft.

Die „zweite Revolution“.

Der Bürgerkrieg, den das spartakistische Schreckensregiment in Rheinland-Westfalen herbeigeführt hat, rast weiter und fordert jeden Tag und jede Nacht neue blutige Opfer. Es rückt bei diesem Treiben immer näher die Gefahr heran, daß auch die dicht dabei stehenden Ententetruppen in den Kampf eingreifen und damit das Völkermorden, das durch den Ausbruch der deutschen Revolution beendet sein sollte, von neuem beginnt. Wenn das geschieht, kann hat Spartakus sein Ziel erreicht. Denn er will nicht Frieden, sondern Krieg. Ihm genügt die deutsche Novemberrevolution nur deshalb nicht, weil sie so wenig Blut gekostet und doch mit einem Schlage den Weg zum Frieden freigemacht hatte. Sein Wahnsinn will diesen Weg wieder verrammeln durch Barrikaden, um die das Blut der Soldaten und der Arbeiter fließt. Indem er diese in zwei feindliche Heerlager spaltet, erlebt er den Triumph der „zweiten Revolution“. Wohin diese führt, zeigen die nachstehenden Berichte.

In die Böttcher Verwaltung, den A- und S-Rat und die Sicherheitswehr wurde von Sterkrade aus von den Spartakisten die Aufforderung gerichtet, sämtliche Waffen abzuliefern. Als das abgelehnt wurde, zog über 3000 schwer bewaffnete Spartakisten von Sterkrade aus nach Böttrop. Die Spartakisten, die schwere Geschütze mitführten, nahmen, wie bereits kurz gemeldet, Böttrop, eine Stadt von 70000 Einwohnern, unter Artilleriebeschießung. Zahlreiche Schiffe gingen in die Stadt und richteten große Verheerungen an. Auch das Rathaus wurde getroffen und liegt zum größten Teil in Trümmern. Die Sicherheitswehr und die Polizei war der schweren Artillerie gegenüber machtlos und mußte sich der Uebermacht ergeben. Die Spartakisten rückten dann in Böttrop ein, wo sie in der brutalsten Weise gehaust haben.

Der „Vorwärts“ meldet aus Eberfeld: Die Spartakisten haben verübt durch Zugang von außerhalb, in der Nacht schwere Unruhen herbeigeführt. Den Arbeitern wurde von bewaffneten der Eintritt in die Fabriken verweigert, und wo bereits gearbeitet wurde, zwang man die Leute mit Waffengewalt, die Arbeitshäuser zu verlassen. Mittags fand vor dem Rathaus eine große Demonstration statt. Führer der Unabhängigen forderten nach einer Ansprache die Massen auf, auseinander zu gehen. Ein Mann namens Brink, der einen erheblichen Teil seines Lebens im Justizhaus zugebracht hat, forderte dagegen auf, ihm zum Bahnhof zu folgen. Dort wurde die Menge aufgefordert, mit Gewalt gegen den Bahnhof vorzugehen. Als das auch gescheh, mußten die Sicherheitswachen von ihren Schusswaffen Gebrauch machen. 4 Tote und 15 Schwerverwundete waren das blutige Resultat. Nachdem schon vorher in den Straßen geräubert worden war, wurde dann das Villenviertel geplündert. Inmitten dieser Unruhen wurde ein politischer Massenstreik ausgerufen. In Wirklichkeit aber ist das politische Motiv nur ein Ausmaßmaß für das persönliche Interesse künftigen Gewinns. Die Spartakistenführer haben sich höchst eifrig in Sicherheit gebracht. Die Unabhängigen erklärten, mit den Ausschreitungen nichts zu tun zu haben, verteilten aber zugleich Flugblätter zum Generalstreik mit Drohungen gegen die Regierung. Auch in der letzten Nacht gab es Tote und Verwundete. Die Spartakisten haben die Eisenbahnhauptbahnhöfe angezündet, so daß der Bahnverkehr eingeleitet werden mußte. Regierungstruppen halten den Bahnhof besetzt und stellen auch in der Stadt die Ruhe wieder her. Nun ist zwischen dem Arbeiterrat und der Stadtverwaltung ein Abkommen getroffen worden, wonach eine Bürgerwehr den Schutz der Stadt übernimmt und die Regierungstruppen zurückgezogen werden.

Der „Tag“ meldet aus Düsseldorf: Der kommunistische Volksguard hat den Arbeitgebern die Verpflichtung auferlegt, die Löhne auch für die Generalstreikdauer zu zahlen. Die Gewerkschaften hatten die Auszahlung von Streikunterstützungen abgelehnt, weil sie den Streik nicht billigen. Nach einer weiteren Aenderung des Volksguardes wird er Arbeitlose, die sich an den Kämpfen gegen die Regierungstruppen beteiligen, nicht an die Arbeitslosenunterstützung weitergeben, sondern ihre Familien erhalten auch Kriegsunterstützung. Im Arbeiterrat sind die Kommissarien jetzt ganz unter sich, nachdem auch die Unabhängigen infolge von Differenzen über den Generalstreik ausgetreten sind.

Der Gesamtstreik in überall derselbe, eine kleine Minderheit vergewaltigt mit unmittelbarer Anwendung aller Nachmittel die große Mehrheit nicht nur der Bevölkerung, sondern speziell der Arbeiterklasse. Dabei zeigt der spartakistische Militarismus bereits eine ganz ansehnliche Höhe der Entwicklung. Wie hat die Spartakuspresse über die Regierung gehandelt, als diese im Kampfe Kanonen verscharen ließ. Aber in Böttrop haben 8 spartakistische Kanonen des Rathauses in Trümmer geschossen, und die Besetzung, nicht etwa eine Regierungs-Freiwilligenarmee, sondern die dem A- und S-Rat unterstellte Schutzwehr zur Ratifikation gezwungen. Und zwar, weil sich die Schutzwehr weigert hatte, den Spartakisten ihre Waffen abzuliefern.

Auch sonst werden Spartakus Mittel an deren Gebrauch auf Regierungseite Mißgebräuch auslösen würde. In Herford werden in die Schulen, die den Regierungstruppen als Quartier dienen sollen, Minen mit Zeitbombe gelegt. Auch Minenwerfer und Flammenwerfer sind auf der spartakisten Seite als Waffen durchaus beliebt. Die Regierung darf höchstens Gewehre anwenden und auch die noch nicht einmal, aber Spartakus — ja Bauer — das ist ganz was anderes.

Als das Kräftesteigste in diesem wilden Treiben muß angesehen werden, daß die Arbeiterklasse vielfach auf dem Wege der Selbsthilfe den spartakistischen Terror gebracht hat.

Der Generalstreik im Industriegebiet bezweckt nichts, als mit Gewalt unser gesamtes Wirtschaftsleben stillzulegen. Spartakus will, daß die Arbeitslosigkeit allenthalben ins Unerreichte wachse, um dann die Unzufriedenheit unter den Arbeitslosen für seine Machtpläne auszunutzen. Deshalb führt er in jeder Wirtschaftlichen an seiner Stelle, im Kohlenrevier, zu zerstören. Es ist reine Verleumdungspolitik, die hier geschrieben wird, man will die Massen eben arbeitslos machen, um sie mit Gewalt auf den gewünschten Grad des Sozialismus zu bringen.

Aus der Nationalversammlung.

Kurze Vertagung.

Die Nationalversammlung wird sich von Freitag auf Dienstag vertagen. Es ist zu erwarten, daß diese Pause von einer größeren Anzahl von Regierungsgliedern benutzt wird, um nach Berlin zu kommen.

Die Rechtmäßigkeit der Revolutionsverordnungen.

Der Nationalversammlung wird ein Gesetz vorgelegt werden, dessen erster § wie folgt lautet: Die bisherigen Gesetze und Verordnungen des Reichs bleiben bis auf weiteres in Kraft, soweit dem nicht dieses Gesetz oder das Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt vom 10. 2. 1919 (Reichsgesetzblatt 169) entgegensteht. Das gleiche gilt für die von den Räten der Volksbeauftragten oder der Reichsregierung erlassenen und verkündeten Verordnungen. Ein Verzeichnis dieser Verordnungen ist der Nationalversammlung innerhalb der Frist von einem Monat nach Inkrafttreten dieses Gesetzes vorzulegen. Eine Verordnung ist von der Reichsregierung außer Kraft zu setzen, wenn die Nationalversammlung dies innerhalb eines weiteren Monats beschließt.

Gesetzentwurf über vorläufige Bildung einer Reichswehr.

Die Reichsregierung und die Mehrheitsparteien bereiten einen Gesetzentwurf über die vorläufige Bildung einer Reichswehr vor. Sie wird die bisherigen Freiwilligenverbände zusammenfassen und eine verwendungsfähige Truppe in Stärke von etwa einem Viertel des früheren Friedensheeres bereitstellen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Verteidiger Ludendorffs.

Mit verdächtigem Eifer bemühen sich die Reaktionen darum, Ludendorff von der Hauptschuld am katastrophalen Kriegsende reinzuwaschen. Sie haben eine Entwürfskategorie gemint, als Schiedsmann den früheren Generalquartiermeister als genialen Hahnenreiher des Weltkrieges bezeichnete, obwohl Scheidemann sich dabei nur ein Wort zugeigen gemacht hat, daß Ludendorff — abgesehen von dem Worte genial — selbst gesprochen hat. Herr Dr. Stroiemann hat sich darauf berufen, daß in einem Aufsatz der „Glocke“ nach dem Zusammenbruch der ganzen Ludendorff-Kriegführung gestanden hätte, vielleicht würde ihn die Weltgeschichte doch als genialen Feldherrn ansehen, wie Hannibal und Napoleon, die auch letzten Endes gescheitert seien. Das ist sehr wohl möglich. Aber hätte irgend ein Mensch in Karthago zu bestimmen gewagt, daß Hannibal die Verantwortung für den Krieg und sein Ende trägt? Der Versuch der Reaktionen, die Revolution mit Schuld an der Niederlage zu belasten, ist und bleibt kindisch. Vor der Revolution sind Bulgarien, die Türkei und Oesterreich zusammengebrochen, vor der Revolution hat die deutsche Regierung auf dringenden Wunsch der Obersten Heeresleitung die Waffenstillstandsbedingungen der Feinde angenommen, die uns wehrlos gemacht haben. Vor der Revolution hatte der U-Boot-Krieg Santerott gemacht, waren unsere Bundesgenossen zusammengebrochen und frönten monatlich 300 000 Amerikaner frisch den feindlichen Heeren zu Angesichts dieser Lasten selbst der Versuch, Ludendorff zu entlasten, der nicht ihm zuliebe, sondern aus Haß gegen die Revolution erfolgt, ein aussichtsloses Unterfangen, und das arbeitende Volk wird sich dadurch gewiß nicht irreleiten lassen.

Nach in Preußen eine Koalitionsregierung?

Es sind Bestrebungen im Gange, in Preußen eine ebensolche Koalitionsregierung zu bilden wie im Reich. Jedoch ist die Sache schwieriger wegen des kirchlichen und schulpolitischen Gegenstandes gegenüber dem Zentrum. In parlamentarischen Kreisen macht sich eine starke Strömung gegen die Wahl eines preußischen Präsidenten geltend. Man will statt dessen ein Oberhaus einrichten. Die sozialdemokratische Fraktion ist auf den 2. März einberufen.

Die preußische Kreis-Wahlreform.

In der Sitzung des Staatsministeriums wurde der Erlaß der Verordnung über die Zusammenlegung der Kreisstage beschlossen. Der Hauptinhalt der Verordnung ist der Fortfall des Wahlverbandes der größeren Grundbesitzer, Beseitigung der einschränkenden Bestimmungen für die städtischen Stimmen im Kreisstage. Die einzigen Wahlverbände sind die Städte und Landgemeinden. Auf sie werden die Kreisstagsabgeordneten nach dem Verhältnis der städtischen zur ländlichen Bevölkerung verteilt. In den Städten werden die Kreisstagsabgeordneten durch Stadtverordnetenversammlungen, in den Landgemeinden, auf die mindestens ein Kreisstagsabgeordneter entfällt, durch Gemeindevetretungen gewählt. In kleineren Landgemeinden und in Gutsbezirken werden die Kreisstagsabgeordneten direkt durch die Einwohnerwahl nach Wahlbezirken gewählt. Sowohl bei der indirekten, als bei der direkten Wahl findet das Verhältniswahlgesetz statt. Die Kreisstage sind bis zum 4. Mai d. S. neu zu wählen. Die neu gewählten Kreisstage wählen ihrerseits Kreisaußenstände und Kreiskommissionen, gleichfalls nach dem Verhältniswahlgesetz. Für die Ernennung der Landräte verbleibt es zwar bei dem Vorschlagsrecht der Kreisstage. Indessen fallen die Qualifikationsvoraussetzungen für das Amt des Landrats fort.

Eisner und der „Vorwärts“.

In Bern hat, wie der „Vorwärts“ schreibt, Eisner den Deutschen das Recht abgeprochen, gegen die Zurückhaltung und die Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen Protest einzulegen, weil sie sich auch nicht um die deportierten Belgier gekümmert haben. Zum Beweis des Gegenteils stellte der „Vorwärts“ seinerzeit Dr. Hirschfeld, der in der Verwaltung Belgien tätig war, zwei Briefe aus dem Jahr 1917 zur Verfügung. Darin heißt es:

Wir glauben ohne Uebertreibung sagen zu können, daß die Aufgabe der Deportation im wesentlichen dem Einfluß der deutschen Gewerkschaften zu danken ist. Wir, Dr. H. der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, haben stets mit Nachdruck die Forderung vertreten, daß die belgischen Arbeiter dem Schutz unserer Organisationen unterstellt und nicht zu schlechteren Löhnen und Arbeitsbedingungen beschäftigt werden sollten, als die Deutschen. Nach langwierigen Verhandlungen ist es nun endlich gelungen, diesen Grundlag beim Kriegsministerium und bei den Zivilbehörden zur Anerkennung zu bringen.

Die deutschen Arbeiter haben also mit aller Kraft für die Verbesserung des Loses ihrer belgischen Brüder sich eingesetzt, und sie haben es mit Erfolg.

Gegen Erzberger.

Nicht nur die Schwerindustrie ist mit Erzberger unzufrieden, weit bis in die Reihen der Sozialdemokratie reichen die Wellen des Zweifels, ob Erzberger der geeignete Mann für die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen ist. Die Motive der Gegnerschaft sind hier natürlich ganz andere. So bezeichnet die „Chemnitzer Volksstimme“ Erzberger als unnoeignet, weil „die Engländer und Franzosen fest davon überzeugt sind, daß er überall, wo die deutsche Diplomatie während des Krieges ein besonders schönes Ding gebreht hat, sein weiches fettes Gesichtchen im Spiel gehabt hat.“ Sie fordert energisch einen reumütigen Rücktritt. Komme er den zahllosen Winken mit dem Jauchpfahl nicht nach, dann werde ja wohl eines Tages die Gelegenheit gegeben sein, noch deutlicher zu werden und das deutsche Volk von diesem ins Schwäbisch-Nierale überlegten Helferrich zu befreien, dem seine Kompagnonschaft mit Schüssen vorgehalten werden könnte.

Wir nehmen an, daß sich die „Chemnitzer Volksstimme“ auf Material stützt, das einer ernsthaften Prüfung standhält. Auf alle Fälle muß die Erzbergerkrise endlich erledigt werden, entweder dadurch, daß man den Mann in der Volksschuld zurückwinden läßt, wenn er hineingehört, oder indem man die Verleumdungen und ihre Verbreiter zu Boden schlägt. Das Volk und sein Parlament hat schließlich mehr zu tun als sich mit diesem einen Mann andauernd zu beschäftigen.

Rußland.

11 Erzbischöfe erschossen. „Times“ meldet aus Helsingfors: Einem amtlichen bolschewistischen Bericht zufolge wurden im Monat Januar 11 Erzbischöfe der orthodoxen Kirche, darunter der Erzbischof Wladimir von Kiew, erschossen.

Schweden.

Ein Königsbesuch. Der Besuch des finnischen Generals Mannerheim in den Hauptstädten der drei nordischen Staaten hat zu großen Entrüstungskundgebungen der Arbeiter geführt, die in dem finnischen Reichsverweier den Urheber der grauenhaften Verfolgung der finnischen roten Revolution sehen. In Stockholm, wo General Mannerheim im königlichen Schloß Wohnung nahm, fand vor dem Schloß eine Kien demonstration der Arbeiter statt, zu welchem Zwecke die meisten Betriebe die Arbeiter eingestellt hatten. Nach dem Stockholmer Bolschewistenblatt „Politiken“ soll Mannerheim jetzt die finnische Krone einem Mitglied des schwedischen Königshauses anbieten. Die schwedischen Konservativen feiern Finnland als Doppelposten gegen russische Eroberung und bolschewistische Propaganda; sie propagieren einen baltischen Bund zwischen Dänemark, Finnland, Estland und Letland. — In Christiania, wo die sozialistische Parteileitung jetzt in den Händen der Linken liegt, wurde Mannerheimer schon vor dem Eintreffen in der Stadtverwaltung wie im Storching unfreundlich begrüßt, und auch in Kopenhagen haben die Syndikalisten und Sozialisten zu Demonstrationen gegen ihn aufgefordert.

Italien.

Kundgebungen in Mailand. In Mailand gab es neuerdings eine gewaltige sozialistische Massenkundgebung. Tausende Menschen mit sechs Musikkorps, hunderten, meist roten Fahnen zogen nach der Piazza Castello, wo fünf Meetings abgehalten wurden. In die Kundgebung, die einen entschieden radikalen Charakter trug und das revolutionäre Prinzip feierte, nahm auch die Stadtverwaltung teil.

Norwegen.

Soldatenräte. Der Zentralverband der norwegischen Arbeiterpartei hat die verschiedenen Sektionen der Arbeiterpartei aufgefordert, in jeder Stadt und in jedem Dorf Soldatenräte zu bilden, die dann versuchen sollten, die Arbeiter zu erzwängen. Sie sollen die Macht auf den militärischen Nebungsplätzen an sich reißen und den Offizieren das Kommando abnehmen. Die Aktion soll bereits in diesem Jahre eingeleitet werden.

Kleine politische Nachrichten.

Die preußische Regierung nimmt die Einrichtung von Beamtenauschüssen in den Behörden selbst in die Hand, um sie später in gesetzlicher Form festzulegen.

Bayern hat in dem Staatensauschuss auf seine eigenen Briefmarken und auf das Recht, eigene Gesundheitsämter zu unterhalten, verzichtet.

Die Abgeordneten der bürgerlichen Parteien in Braunschweig haben beschlossen, ihrerseits die Landtagsagung zu unterbrechen. Sie wollen den Schutz der Reichsregierung für die weitere Tagung verlangen und die Tagung in Braunschweig nicht eher wieder aufnehmen, bis ihnen dieser Schutz gewährleistet wird, oder die Tagung außerhalb des Landes unter dem Schutz der Reichsregierung abhalten.

Die sächsische Regierung betont, soweit die sächsische Industrie für die Sozialisierung reif sei, werde diese stattfinden, aber nicht selbstständig, sondern in Uebereinstimmung mit der Reichsregierung.

Gegen die schlechte Behandlung der aus England zurückgekehrten Zivilgefangenen, die in Wesel ankommen, richtete die Ortsgruppe Wesel für Kriegsgefangenen Schutz an die Nationalversammlung ein Telegramm. Sie ersucht dringend, keinerlei Mittel und Wege unversucht zu lassen, dieser aller Menschlichkeit huldigenden Behandlung unserer Gefangenen durch baldmöglichste Rückkehr ein Ende zu machen.

Zwischen dem Kommando der Regierungstruppen und den Arbeiter- und Soldatenräten in Göttingen fanden Verhandlungen statt. Die Räte weigern sich, zurückzutreten. Der Generalstreik wurde durchgeführt. Die Stadt ist ohne elektrisches Licht und elektrische Kraft. Auch die Bäcker streiken.

Aus Lübeck und den Hamburggebieten.

Freitag, 21. Februar.

Die neue sozialdemokratische Fraktion der Lübecker Bürgerpartei hielt gestern Abend ihre Sitzung ab. Sie wählte zunächst einen aus dem Genossen B. Löwig als Vorsitzenden, sowie den Genossen Dreger, Brömmel, Frau Jechat und Mehrlein in bestehendem Vorstand. Dann nahm sie Stellung zu der Frage der Besetzung von Stellen im Präsidium der Bürgerpartei und des Bürgerausschusses.

Sie fühlten sich schon wieder. In den reaktionären „Lübedischen Anzeigen“ beginnt jetzt der preußische Militarismus, der nach der Revolution eine Zeitlang recht kleinlaut geworden war, fräftig zu ruzoren. Tagesbericht und Sprechsaal enthalten fast täglich Artikel, die gegen den Soldatenrat gerichtet sind und für den früheren preußischen Kommissar Stimmung machen sollen. Ganz besonders freudig wird die Rückkehr der Offiziere ins Amt begrüßt, weil dies ein hocherfreulicher Schritt vorwärts auf dem Wege

der Mädel zu geordneten Zuständen" sein. Es wird viele
Wieder geben, die mit uns der Meinung sein dürften, daß hier
die Zustände während und nach der Revolution recht erträglich
gewesen sind. Man hat die Sauberkeit gewisser preussischer
Offiziere, die hochmäßig auf das Bürgerpaß herababgelassen
sind, sehr gut entbehren können. Großen Unwillen hat die von dem
Gebäude des früheren Offizierskasinos wehende Fahne der Revo-
lution beim Amtsblatt hervorgerufen. Es schreibt:

"Da das Offizierskasino jetzt endlich wieder als solches in
Erscheinung treten kann, dürfte es also an der Zeit sein, daß
das Haus seiner Bestimmung wieder übergeben wird. Außer
den hieran mit dem eigenen Gefühl und — mit dem Geld-
beutel interessierten Offizieren, würden auch fast alle Wüster
es begrüßen, wenn das bald geschähe und endlich die
Fahne vor dem Hause verhängt würde, die es jetzt schon
über drei Monate mit ihrem schrecklichen trallern Rot
schmückt."

Die rote Farbe hat schon immer auf Spießer die gleiche Wir-
kung wie auf gewisse gehärrte Bierkäufer ausgeübt. Erkennungs-
weise denken die meisten Wüster, wie der Ausfall der Wahlen ge-
zeigt hat, ganz anders über die Revolution und ihre Fahne als
das alldeutsche Amtsblatt. Wir sind auch der Meinung, daß jene
Kreise, die vor der Revolution die Befürworter der Einrichtungs-
und Anechtungspolitik gewesen sind, jetzt am allerwenigsten Be-
wundern sind, an unsern heutigen Zuständen herumzumäulen. Als
hier Offiziere in den Autos herumfahren, hatten die „Lüderlichen
Anzeigen" nichts dagegen. Heute schimpfen sie über das „prohen-
hafte Herumfahren der meistens sehr jungen, rüftigen, aus den
bescheidensten Verhältnissen stammenden Arbeiter- und Soldaten-
räte in knöcheligen Autos." Würden sie nicht aus bescheidenen
Verhältnissen stammen, dann würde das Amtsblatt aus reiner
Seelenharmonie wohl gerne ein Auge zudrücken! Erheiternd
wirkt es, wenn, nachdem in der zweiten Spalte die Kladder-
schnecken Zustände in Aussicht gestellt wird, in der dritten
Spalte folgendes zu lesen ist:

"Da hier dank der mit größter Selbstüberwindung von
unsern Herren Senatoren und Beamten fortgesetzten Amts-
tätigkeit und dank der ruhigen Haltung des größeren Teiles
unserer Bevölkerung völlige Ruhe und Ordnung herr-
schen, da ferner die durch die neue Entwicklung gebotenen Maß-
nahmen (Verfassungsänderungen, Steuererleichterungen, Ar-
beits- und Wohlstandsamt usw.) längst durchgeführt sind, da
endlich eine Genußrevolution von rechts nicht gedroht hat, die
Ihrer von der Sicherung der Erzeugnisse der Revolution
also gegenstandslos ist, fehlt es tatsächlich an jeder Notwendig-
keit und Berechtigung für die diktatorische Nebenregierung des
kleinen Arbeiter- und Soldatenrats."

Wir haben nie ein Hehl daraus gemacht, daß unserer Ansicht
nach die Arbeiter- und Soldatenräte in der heutigen Form ihre
Aufgabe erfüllt haben, wenn verfassungsmäßig die Herrschaft des
gesamten Volkes gesichert ist. So wie die „Lüderlichen Anzeigen"
sie darstellen, ist die Sache aber nicht. Es gibt noch manches
zu tun, aber das wird die Bismarckheit schon selbst machen. Das
Gesetz der Amtsblätter nach Auflösung der Arbeiter- und Sol-
datenräte hat ganz andere Gründe als sie für uns maßgebend
sein können.

Sicherung der Landwirtschaft.

Die aus den Verhältnissen des Krieges heraus entstandene
Verordnung über die Sicherung der Acker- und Gartenbestellung,
die bei Nichtbestellung landwirtschaftlicher Grundstücke die Mög-
lichkeit der Zwangsbesetzung vorsieht, hat sich mehrfach als
ausbaubeherrschend erwiesen. Auch ist es im Hinblick auf die schwie-
rige wirtschaftliche Lage zur Sicherung der Volksernährung drin-
gend geboten, die weitere Geltungsdauer der Verordnung auf-
rechtzuerhalten. Der heimische Ackerboden muß reiflos in der
Dienst der Ernährungswirtschaft gestellt werden. Eine von
Staatssekretär des Reichsernährungsamtes erlassene Verordnung
über die Sicherung der Landwirtschaft sieht daher vor, daß
die Möglichkeit zur Einleitung einer Zwangsbesetzung auf
weiterhin aufrechterhalten wird. Gleichzeitig bringt die Verord-
nung manche Neuerungen, die auf Grund der bei Zwangsbe-
setzungen gemachten Erfahrungen sich als notwendig er-
wiesen haben und die Einleitung und Durchführung der öffent-
lichen Bewirtschaftung wirksamer gestalten und so die volle Aus-
nutzung des heimischen Bodens gewährleisten.

Wiedereinstellung von Angehörigen. Zur Verordnung über
Einstellung von Angehörigen vom 24. Januar 1919 ist eine Nach-
tragsbestimmung ergangen. Nach dieser Verordnung ist die
Wiedereinstellung zur Wiedereinstellung bei demjenigen Arbeitgeber
bei dem der die Wiedereinstellung begehrende Kriegsteilnehmer
bei Ausbruch des Krieges in Stellung war, bis zum 23. Februar
1919 verlängert. Unrichtig ist die Fiktion bereits am 9. Fe-
bruar ab. Eine weitere Ausführungsbestimmung zu der ge-
nannten Verordnung bestimmt die Gleichstellung derjenigen Reichs-
angehörigen, die bei Ausbruch des Krieges ihren Wohnsitz in Ge-
sellschaftsbetrieben hatten und nunmehr angewiesen oder an der
Rückkehr verhindert sind, mit den reichsdeutschen Zivilinterierten.

Postverkehr mit Elb- und Ostpreußen. Von jetzt ab ist wieder
ein beschränkter Postverkehr zwischen dem unbesetzten Deutschland
und Elb- und Ostpreußen gestattet. Zugelassen sind in der Richtung
aus dem unbesetzten Deutschland nach Elb- und Ostpreußen: a) ge-
wöhnliche und eingeschriebene Postkarten und verschlossene Brief-
ein geschäftlichen Inhalts mit strengem Ausschluß privater Mit-
teilungen; b) rein geschäftliche Druckachen und Warenproben mit
strengem Ausschluß von Zeitungen und Zeitschriften; c) sämtliche
Briefe an und von Behörden. Erlaubte Sprachen: Deutsch oder
französisch. Die Briefe — auf der Rückseite des Umschlages —
und die Postkarten müssen die volle und deutliche Angabe der
Adresse des Adressaten tragen; die Briefe und Postkarten unter a)
außerdem den handschriftlich bescheinigten Namen „Handelskor-
respondenz" oder „Correspondance commerciale".

Reisezeugnis für Kriegsteilnehmer aus höheren Schulen.
Man schreibt uns aus der Oberstufenbehörde: Kriegsteilnehmer
die in den Schuljahren 1914—16, also bis Ostern 1917, regelrecht
nach Unterprima verlegt und von der Schule aus ins Heer ein-
getreten sind, oder die nach längerem als einjährigem Besuche der
Obersekunda das Zeugnis der Primarstufe erworben haben, wird
das Zeugnis der Reife ohne Prüfung zuerkannt, wenn sie bis zum
Schluß des Krieges im Seeresdienst waren oder Kriegsbefähigte
sind. Die Ausständigung des Zeugnisses erfolgt durch den Direk-
tor der von ihnen zuletzt besuchten höheren Lehranstalt. Vor-
stehendes findet auf solche Kriegsteilnehmer keine Anwendung, die
vorzeitig nach Unterprima verlegt worden sind oder als Nicht-
schüler (Extraneer) das Zeugnis der Primarstufe erlangt haben.

Über den Mord aus der Zeit um 1860 waren mit recht sehens-
werten und meist gut gelungenen Werken in der 8. Ausst. d. d. d.
der hiesigen Oberpostdirektion vertreten. Porträts von Dietrich
Kuhmann, malerische Straßen, Winkel und Stadtteile des alten
Lübeck von Schön und Zeichnungen von Gottschalk sind Erzeugnisse
einer gesunden, soliden Kunst, die auch auf guten Geschmack hielt.
Sehr interessant und fesselnd waren auch die Schattenspiele (Si-
houetten) aus älterer und neuerer Zeit, Personen, Tiere oder
phantastische Vorgänge darstellend. Grazie, Leben und Heiterkeit
spricht aus manchen von ihnen. Mit besonders gelungenen Wer-
ken sind Ilse Fehling und Mathilde Reher vertreten.

Verzeichnis der deutschen Aus- und Durchfuhrverbote.
Von der Handelskammer zu Berlin ist zum Verzeichnis der
deutschen Aus- und Durchfuhrverbote aus Anlaß des Krieges,
6. Auflage vom 1. Juni 1918, ein Nachtrag II herausgegeben
worden, der alle in der Zeit vom 1. Oktober 1918 bis 1. Februar
1919 in Kraft getretenen Änderungen enthält, darunter besonders
die Ausfuhrerleichterungen für Fahrzeuge, Gipswaren, Glas und
Glaswaren, Kinderpielzeug, Klaviere, Steine und Waren daraus,
Taschenuhren, Tonwaren, Zementwaren. Diese Druckache kann
zum Preise von 30 Pfg. von der hiesigen Handelskammer bezogen
werden.

Umsatzsteuer. Im Hinblick auf die Irrtümer hinsichtlich des
Umsatzsteuergesetzes zu befestigen, hat die Gewerbesteuer einer
Entscheidung durch das Umsatzsteuergesetz für das Kleingewerbe

herausgegeben, der vom Büro der Gewerbesteuer, Breitestr. 40 I
zum Selbstkostenpreis von 10 Pfg. bezogen werden kann.

Verhaftete Einziger. In ihrem Schlafwinkel aufge-
lockert und festgenommen wurden zwei in Marineuniform geklei-
dete und ein als Infanterist uniformierter Arbeiter, die sich in
einer Ganggasse im Ballaunhof eingeklinket hatten, von wo aus
sie Raubzüge unternahmen. Nachgemessen werden konnte ihnen,
daß sie in der Nacht zum 18. ds. Mts. in der Heilanstalt Straß-
eingebracht waren, wo sie den dort beschäftigten Wärtern eine
große Menge Kleidungsstücke gestohlen hatten. Aber auch schon
in der Nacht zum 25. v. Mts. hat ein Teil dieser Festgenommenen
mit zwei anderen Komplizen, die ebenfalls festgenommen werden
konnten, einen gleichen Einbruchsdiebstahl in genannter Heil-
anstalt verübt. Ein Teil der von ihnen gestohlenen Sachen konnte
wieder herbeigeschafft werden.

* **Festgenommen** wurde ein in der Bekergasse wohnhafte
Kriegerröhm, die in dem dringenden Verdachte steht, in Gemein-
schaft mit ihrem in Gr. Kiesau wohnhaften Viehhändler ihre Logis-
wirtin bestohlen zu haben. Das Diebesgut, diverse Kleidungsstücke
und Wäsche, darunter drei Gehörde, dürfte von den Dieben ver-
äußert sein.

* **Ermittelt und festgenommen** wurde ein früherer Marine-
soldat, der als letzter der Täter in Betracht kommt, an dem Ein-
bruchsdiebstahl in der Curtiusstraße mit beteiligt gewesen zu sein.

* **Einbruchsdiebstahl.** In verflorierter Nacht ist in einer
Kolonialwarenhandlung in der Karlsruherstraße ein Einbruchsdiebstahl
verübt worden, bei dem den Dieben 150 bis 160 Pfund Zucker,
3 Kisten a 100 Brauflügeln 15 Pakete Kaminholz und eine
größere Menge loser Briefmarken in die Hände gefallen sind. —
Einem in der Warenborststraße wohnhaften Wauerer sind in der
Nacht zum Donnerstag 4 Kisten davon ein weißes ein graues
und ein schwarzes Schuh gestohlen worden.

Strodelerei. Auf die Mitliebendebeziehung
des Sozialdemokratischen Vereins am Sonnabend
wird hiermit noch besonders hingewiesen. (Siehe Inlerat)

Hamburg, Demonstrationen verboten! Von der
Presse-Abteilung des Arbeiter- und Soldatenrates wird mitgeteilt,
daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen Demonstrationen
in irgend welcher Art verboten sind. — Wieder-
aufnahme des Straßenbahnbetriebes in Ham-
burg. Freitag früh wird der Verkehr der Straßenbahn und der
Hochbahn definitiv wieder aufgenommen, nachdem eine Einigung
zwischen den Direktionen und ihren Angestellten zustande gekom-
men ist. — Ein tödlicher Unfall ereignete sich am Jung-
ferntal. Dort wurde der dort wohnende 13jährige Werner
Stenhaus von einem Auto überfahren. Die Räder gingen dem
Kinde über den Oberkörper und fügten ihm sehr schwere Ver-
letzungen zu. Der Vater trug seinen bewußtlosen Jungen selbst
zum Bethanien-Krankenhaus, wo das Kind seinen Verletzungen
erlegen ist.

Hamburg, Korpskonferenz der S.-Rats-Dele-
gierten des 9. Armeekorps. In der am Mittwoch abgehal-
tenen Sitzung kamen nochmals die Vorgänge in Bremen und
Hamburg ausführlich zur Sprache. In der Debatte wurde betont,
daß die vom Korpsratsrat angewandte Politik sehr zweifelp-
tig und unglücklich gewesen sei, jedoch das ganze 9. Armeekorps in
Verzug gekommen wäre. Später wurde eine Entschließung einge-
bracht, die zum Ausdruck bringt, daß für die Politik aller Sol-
datenräte des 9. A.-K. nur eine Richtlinie in Betracht
kommen könne, nämlich die, daß sie als Vollstrecker des Volks-
willens die Anordnungen der durch die Nationalver-
sammlung eingesetzten Behörden auszuführen und jeden Widerstand,
komme er von rechts oder links, zu brechen
sollten. Nach dieser Gesichtspunkte hat der neu gewählte Sol-
datenrat des Generalkommandos des 9. A.-K. zu arbeiten und
sein Amt niederzulegen, sobald die Nationalversammlung
dieses fordert. Alle bisher vom 9. A.-K. ergangenen Verfügungen,
die denen der Reichsregierung entgegenlaufen, werden für ungül-
tig erklärt und es sind in Zukunft nur solche Anordnungen zu
treffen, die sich mit denen der Reichsbehörden decken. Hofmann
Reheburg meint, schuld an den Vorgängen seien alle, man sei
aber in ein ganz linksradikales Fahrwasser hineingeraten.
Lampf vom S.-Rat Hamburg stimmte seinem Vordemur zu. Die
bedauerlichen Vorgänge seien eine Folge des geistigen Tiefstandes
einiger Soldatenräte. Leute wie z. B. Dr. Lausenberg sind Gefahr-
herde des Spartakismus, und ihre unverantwortlichen Handlungen
haben dazu geführt, daß die Regierung eine gepanzerte Faust ge-
zeigt habe, was man ihr nicht verdanken könne, nachdem sie lange
jüngling verhandelt habe. Die einzige Rettung sei eine starke Re-
gierung. Nachdem noch mehrere Redner ihrer Unzufriedenheit
über die Handlungen des Korpsratsrates Ausdruck gegeben
hatten, wurden die Verhandlungen auf Donnerstag verlagert.

In der Donnerstagnachmittags-Sitzung teilte der Vorsitzende
mit, daß in einer Konferenz mit dem Parteivorstand, dem Ge-
werkschaftsrat und dem Hamburger S.-Rat vereinbart worden
sei, eine Deputation nach Weimar zu entsenden, um mit der Re-
gierung wegen der Rückgängigmachung der Verlegung des Gene-
ralkommandos zu verhandeln. Es entsand sich dann eine lange
Debatte darüber, was geschieden soll, bis eine grundsätzliche Rege-
lung erfolgt ist, da der Korpsratsrat in corpore zurückzutreten
soll. Nach diesen Vorläufen wird ein Antrag Lampf gutzugehen,
der an Stelle des bisher non liquetigen Korpsratsrates einen
Ausschuß von sechs Delegationen so lange als Provisorium bestehen
lassen will, bis die Übergabe der Geschäfte an den in Schwerin
neu gebildeten Korpsratsrat erfolgen kann. Bei der Abstim-
mung wurden hierfür gewählt Ruff, Schmidt, Hadler, Hellwig,
Lampf und Braak. Hierauf wurde nach folgender Entschließung
Lampf einstimmig angenommen: „Die Korpsratsratkonferenz
verurteilt scharfstens die unter dem Eindruck falscher Bericht-
stattung und infolge spartakistischer Umtriebe an die Reichs-
regierung gesandten Drohtelegramme und publizistischen Maß-
nahmen, wie die Mobilisierung von Truppen und wilde Bewaff-
nung von Arbeitern. Die Konferenz nimmt den erfolgten Rück-
tritt der kompromittierten Mitglieder des Korpsratsrates
9. A.-K. zur Kenntnis und erklärt, daß sie trenn zur Reichsregierung
geht und für die Durchführung der Reichsregierung und Reichsver-
ordnungen im Gebiet des 9. A.-K. zu ihrem Teil beitragen wird."

Wilhelmshaven. Befegung Wilhelmshavens.
Teile des Landwehrkorps haben im Auftrag der Regierung
Stadtteile von Wilhelmshaven und Rühringen besetzt. Diese
Maßnahme soll lediglich eine Vorsichtsmaßregel sein, um die
Ruhe aufrechtzuerhalten. Weitere Truppen werden noch folgen,
um die Waffenabgabe zu überwachen.

Neueste Nachrichten. Gegenrevolutionäres Attentat in München.

**Cisner erschossen. Auer verwundet. Der bayerische
Landtag gesprengt.**

München, 21. Februar. Ministerpräsident Kurt
Cisner wurde heute vormittag 10 Uhr, als er sich in den
Landtag begeben wollte, von einem Studenten er-
schossen. Der Student ist ebenfalls erschos-
sen worden. Im Landtag brachen blutige Ereignisse aus.
Der Landtag ist gesprengt.

Minister Auer soll ebenfalls tot, nach an-
derrer Meldung schwer verwundet sein. Die Mitglieder des

bayerischen Volkspartei sind im Landtag interniert. Im
Generalkommando sind sämtliche Offiziere in Internierung
gehalten. Die Ereignisse im Landtagsgebäude und Um-
gebung sind noch im Gange.

Berlin, 21. Februar. Zu dem Attentat auf Cisner
wird der P.-Z. gemeldet: Kurz vor dem Landtagsgebäude
trat ein junger Mann auf Cisner zu und gab mehrere Re-
volvergeschosse auf ihn ab, von denen zwei Cisner am Kopf
trafen. Cisner war sofort tot. Der Attentäter ist ein Stu-
dent, der auf Cisner vor dem Landtagsgebäude gemartet
hatte. Er war als Soldat verkleidet. Nach einer anderen
Meldung ist der Täter ein Graf Arco Valien, ein Un-
gehöriger der ältesten bayerischen Adelsgeschlechter. Er
wurde festgenommen und dann von einem Matrosen er-
schossen. Minister Unterleitner, der sich in Cisners
Umgebung befand, ist auch verletzt worden. Unter dem
Publikum, das sich angeammelt hatte, herrschte eine furcht-
bare Erregung.

Der verabschiedungswürdige Moranschlag, dem der unabhän-
gige bayerische Ministerpräsident Cisner zum Opfer ge-
fallen ist, und das auch gegen dessen Ministerkollegen gerichtet ge-
wesen zu sein scheint, da auch unser Genosse Auer sowie der un-
abhängige Unterleitner verwundet wurden, ist zweifellos
gegenrevolutionären Ursprungs. Schon die Person des Täters
läßt darauf schließen. Wir waren mit der Politik Cisners im
allgemeinen nicht einverstanden, aber das muß dem Toten doch
nachgelassen werden, daß er ein begabter Idealist und Schwärmer
war, der mit seinen Handlungen nur dem Sozialismus dienen
wollte. Sein Bestreben war immer darauf gerichtet, zu verhin-
dern, daß Bruderblut vergossen würde. Durch seine schwankende
Stellungnahme gegenüber den verschiedensten Dingen und Vor-
gängen, richtete er Verwirrung an, wo Klarheit und Festigkeit
nötig war. Cisner war ein ungemein fähiger Journalist und
Schriftsteller. Bis zum Jahre 1905 war er leitender Redakteur
des „Vorwärts", welche Stellung er nach der bekannten Ent-
lassung eines Teiles seiner Kollegen aufgab. Er war am 14. Mai
1867 in Berlin geboren. Seit einer Reihe von Jahren lebte er
in München.

Die Sicherungstruppen im Rheinland.

Berlin, 21. Februar. (Tel.-Anon.) Die gegen das Ruhr-
gebiet vorrückenden Sicherungstruppen sollen auf eine Stärke
von 25 000 Mann gebracht werden. Das militärische Gesamtauf-
gebot wird bis Mitte nächster Woche beendet sein.

Wie aus Essen berichtet wird, konnte gestern, am 4. Tage
nach der Proklamierung des Generalstreites durch den Spartakus-
bund, festgestellt werden, daß die Generalaussperrung der arbeits-
willigen Bergleute gescheitert ist.

Aus der Sozialisierungskommission.

Berlin, 21. Februar. Die Sozialisierungskommission hat
gestern der Reichsregierung einen vorläufigen Bericht über die
Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaues überreicht. Das
Gutachten umfaßt zunächst einen allgemeinen Teil, dann einen
Majoritäts- und einen Minoritäts-Bericht über die Haupt-
fragen der Organisation und einen gemeinsamen Schlußteil über
die Frage des Arbeitsverhältnisses. Die Kommission hielt sich
nicht befangen, den Bericht, der 48 Seiten umfaßt, von sich aus zu
veröffentlichen, hat jedoch die Regierung gebeten, die Veröffentlichung
sowohl als möglich zu veranlassen.

Vom Staatenanschluß.

Weimar, 21. Februar. Wie die „Voll. Ztg." hört, sind in
dem künftigen Staatenanschluß den Deutsch-Oesterreichern neun
Stimmen zugewilligt worden. Ferner ist u. a. festgelegt worden,
daß deutsche Staaten mit einer halben Million Einwohner wenig-
stens eine Stimme erhalten sollen. Weiter wird allgemein der
Grundsatz durchgeführt, daß die Bundesstaaten künftig nicht weni-
ger Stimmen haben sollen, als sie bisher hatten.

Aus dem Weimarer A. und S.-Rat.

Weimar, 21. Februar. General Dietter, welcher das
Oberkommando über die Truppen zur Sicherung der Nationalver-
sammlung führt, hat dem hiesigen Soldatenrat beauftragt,
daß auf Befehl des Kommandeurs des 11. Armeekorps in Kassel
in den nächsten Tagen die Auflösung des hiesigen Soldatenrates
erfolgen wird. Zugleich hat General Dietter angeordnet, daß
sämtliche Waffen, die sich noch im Besitz des Soldatenrates be-
finden und Heeresgut sind, abgeliefert werden müssen.

Das Vorstandsmitglied des Weimarer Arbeiterrates, Binder-
mann, ist wegen Bedarfs des verurteilten Hochrats verhaftet
worden. Die Unabhängigen und Kommunisten haben in der
Nacht versucht, ihn aus der Haft zu befreien. Der Versuch ist miß-
glückt. — Unabhängig von diesem Fall sind in den letzten Tagen
in Weimar eine Reihe weiterer Verhaftungen vorgenommen wor-
den. Es handelt sich hier um junge Burken, die aus den Be-
ständen der Sicherungstruppen Waffen und Munition gestohlen
haben.

Korridore der Tschechen.

Breslau, 21. Februar. Die Meldung über tschechische
Truppentransporte über Prag in der Richtung auf die Grafs-
chaft Glatz und das Waldenburger Kohlenrevier
haben sich bestätigt. Bei Heinersdorf an der schlesischen Grenze
wurde gestern vormittag eine tschechische Patrouille auf deutschem
Boden gefangen genommen. Die Stärke des verwendungsbereiten
tschechischen Heeres wird auf mindestens 150 000 Mann geschätzt.
Die Elb- und Oder- und andere Waffen- und Munitionsfabriken
arbeiten rasch für das tschechische Heer. Die 5. und 6. tschechische
armee sind aus Frankreich und Italien, wo sie gegen
uns kämpften, in der Heimat eingetroffen und gelten mit Recht
als Elite-Truppen.

Rudendorfs Uhr in Schweden abgeliefert.

Ropenhagen, 21. Februar. Die schwedische Regierung
hat es abgelehnt, die Aufenthaltsdauer Rudendorfs zu verlängern.
Die Zeit läuft Freitag ab.

Französische Besetzungsabsichten.

Amsterdam, 21. Februar. Wie aus Paris gemeldet wird,
erklärte Wilson im Kammerauschuß auf eine Anfrage, er
glaube, daß die Besetzung des linksrheinischen Gebietes die Dauer
eines Jahres überschreiten werde.
Zum Attentat auf Clemenceau wird mitgeteilt, daß
drei Täter verhaftet wurden. Unter ihnen befindet sich der Maler
Dreyfus, der in keinerlei Beziehung zu dem Urheber des Attentats
stehen will. Eine genaue Untersuchung Clemenceaus ergab,
daß ein Schuß in die Lunge eingedrungen war.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwig.
Verleger: Th. Schwab. Druck: Friedr. Neugebauer & Co.
Samstag in Lüneburg.

Gasthof „Stadt Schleswig“
Hundestraße 14.
Preis-Skat
am Sonnabend, 22. Februar,
abends 7 1/2 Uhr. 9487
Hierzu ladet freundlich ein
Heinrich Feckler.
Mein Lokal ist bis 12 Uhr geöffnet.

Gasthof zum Riesebusch
Sonntag, 23. Februar
Großes Tanzkränzchen.
Eintritt Herr, 1 Mk., Dam 50 Pfg.
Gottfried Stranck,
Bad Schwartau.
9489)

Einladung zum
Kappenfest
des Sparklubs „Nieganaug“
am Sonnabend, 22. Febr.,
abends 7 1/2 Uhr.
Hierzu ladet freundlich ein
Der Vorstand Heint. Meinsen.
9515) Fährstraße 67.

**Verband der Brauerei-
und Mühlenarbeiter**
Fahlfeld Lübeck.

Versammlung
aller in den
Branntierbrennereien u.
Bierniederlagen
beschäftigten Personen
am Sonntag, d. 23. Februar
nachmittags 1 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Die gegenwärtigen Lohnver-
hältnisse in den Brauerei-
brennereien und Biernieder-
lagen.
2. Beschlüsse.
Alle in den oben genannten
Betrieben beschäftigten Personen
sind hierzu eingeladen.
9505) Der Vorstand.

Die deutsche Revolution
Des Volkes Sieg und Zukunft.
Von Erich Küttner,
— 25 Pfg. —

Buchhdl. Fr. Meyer & Co.

Kastenblockwagen
besonders stark, billig. 9500
Beckergrube 3 II.

**Akademiker und
Sozialdemokratie.**
Von Wally Zapler.
— 75 Pfg. —

Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.

**Moderne Schmuckstücke
Trauringe**
in verschiedenen Größenlagen
Johs. Tollgreve, Goldschmied
9494) 92 Königstraße 92.

Die Gemeindevahlen.
— 20 Pfg. —

Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.

Das Sportkleidung
kauft man am besten und billigsten in der
9496
Der Vorstand
der Lübecker Genossenschafts-
Bäckerei S. G. m. b. H.

Lederwaren
kauft man am besten und billigsten in der
9496

Lederwaren-Fabrik
F. Fränkel, Breite Straße 54.

Adlershorst.
Am Sonnabend, 22. Februar
Kompanie-Ball
2. Komp. I.-R. 162.
Anfang 6 Uhr. 9497

Die Zeit der hohen Preise ist vorbei.
Billige Kleidung
finden Sie in meiner grossen Spezial-Abteilung
Damen- u. Kinder-Konfektion
Damen-Mäntel 168.00 128.50 95.50 78.50 **59⁵⁰**
Damen-Kostüme 295.00 235.00 175.00 **128⁵⁰**
Kostüm-Röcke 69.50 58.00 49.50 39.50 **28⁷⁵**
Damen-Blusen 53.00 43.00 30.50 29.50 **14⁷⁵**
Kinder-Mäntel . . . 44.50 35.50 26.50 **19⁷⁵**
Kinder-Kleider 67.50 45.50 38.50 26.50 **14⁷⁵**

**Auf Holzbettstellen
und Matratzen 10%** Extra-
Rabatt
trotz der billigen Preise

Sämtliche
Pelzwaren
mit einem Kassen-Rabatt von . . . **25%**

Ein **Burschen- und Herren-Kriegsstiefel** mit **10%**
Größe 39-46 Extra-Rabatt

Leichte duftige Stoffe für Ball und Gesellschaft
in grosser Auswahl

Kaufhaus Hans Struve
Königstrasse 87-89, Ecke Wahnstrasse.

Zahn-Praxis
N. Marcks
Breitestr. 56
Schmerzlose Behandlung.
Gaumenloser Zahnersatz. 9499
Schnellste Hand-
Blockwagen
3-8 Reimer Tragkraft.
Karl Schulmerich
9498) Mühlentw. 25.

Schuhreparaturen
werden sofort erledigt. 9495
Besorgung in Leder u. Gria.
Schwartauer Allee 4,
Größe Burgstr. 38,
Fährhauken 7,
Hallenstr. 34.
Beruf von
Sohlen, Flecken, Täcksen,
Stiften, Stiefeleisen,
Schönern usw.

J. H. Pein
Am Markt 12. 9496
Breite Straße 64.
Beste Bezugsquelle für
ersklassige
:: Manufakturwaren ::
Spezialhaus für Betten
Bettfedern u. Daunen
Herren- und Knaben-
Garderob. Arbeiter-
und Berufs-Kleidung.

Halbbare
Hosenträger
weiche Kragen
zum Selbstwaschen
Krawatten
Papier-Wäsche
Aug. Janensch
4493 Sandstraße 6.

Verband der Gärtner und Gärtnerei-Arbeiter.
Morgen Sonnabend, den 22. Februar,
abends 7 Uhr, im Lokale Eggers, Stavenstrasse 33
Gr. öffentliche Versammlung
aller in den Gärtnereien beschäftigten Personen
zur Stellungnahme zum Lohnangebot der
Gärtnereiunternehmer. 9519
Montag, 24. d. Mts. zum Schwartauer Jahrmarkt
Gr. Tanzkränzchen Anf. 4 Uhr
Hotel Lübecker Hof, Bad Schwartau.

**Sozialdemokratischer Verein
für Stockelsdorf u. Umgegend**
Mitglieder-Versammlg.
am Sonnabend, 22. Februar
abends 7 1/2 Uhr
im Lokale des Herrn L. Paetzau
Fackenburg.
Tages-Ordnung wird in der
Versammlung bekannt gegeben.
Die Genossen und Genossinnen
werden gebeten, recht zahlreich
zu erscheinen. 9525)
Der Vorstand.

HOLSTENHAUS
G. m. b. H. LÜBECK.
Lesenswerte
BÜCHER
sehr preiswert.
Auf den Auslagetischen ein großer Posten
Unterhaltungs-Schriften
Romane, Novellen, Humoresken und anderes
moderner und klassischer Schriftsteller . . .
zum Ausuchen
Gruppe 1 durchweg jeder Band **100**
Gruppe 2 durchweg jeder Band **165**
Gruppe 3 durchweg jeder Band **225**
Gruppe 4 durchweg jeder Band **295**
Billige
NOTEN
Kompositionen älterer u. neuerer Meister für Klavier, Geige und
Gesang. Lieder, Tänze, Sonaten, Melodien aus Opern, Operetten
und anderes
Posten 1 durchweg **25**
Posten 2 durchweg **95**
Posten 3 durchweg **150**
Posten 4 durchweg **250**

Genier Baum
Sonnabend: Tanzkränzchen.
Anfang 7 1/2 Uhr. 9491
Harmonikklub „Edelweiß“

St. Jürgen-Liederkreis
BALL
verbunden mit Kappenfest
am Sonnabend, d. 22. Februar
in der Friedrich-Franz-Halle
(Grauer Esel).
Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr
Eintritt a Person 1 Mk.
9488) Das Komitee.



**Arbeiter-Turnverein
Lübeck.**
Begrüßungs-Kommission
für die zurückgekehrten
Turngenossen
am Sonntag, dem 23. Februar
im Vereinslokal, Hundestr.
Die aus dem Felde heimgekeh-
ren sind herzlich willkommen.
9509) Der Vorstand.

Gesangverein „Harmonia“
Schwartau-Rensefeld.
Sonntag, den 23. Februar:
Großer Masken-Ball
im Griffof Stein-Mapfen.
Stofföffnung 5 1/2 Uhr.
Anfang 6 Uhr.
Hierzu ladet freundlich ein
9520) Das Festkomitee.

36845
Tränen wurden bisher
in der originellen
Bauernschänke
22 Beckergrube 22
geteilt!
Täglich: Fidelitas!

Hansa-Theater.
Sonnabend: Zum 1. Male!
**Goldschmieds
Töchterlein.**
Volksstück mit Gesang
von Harry Hauptmann.
Sonntag nachmittags:
„Zigeuner“.
Sonntag abend: 9510
Goldschmieds Töchterlein.
Montag:
Goldschmieds Töchterlein.

Stadttheater Lübeck
Spielzeit 1918-19. 9511
Freitag, den 21. Februar:
20. Vorstellung im Freitag-Abend:
Figaros Hochzeit.
Oper in 4 Aufzügen
von W. A. Mozart.
Sonnabend, den 22. Februar
Die Fledermaus.
Sonntag, den 23. Februar,
vormittags 11 Uhr:
Kammerspiele
Hugo von Hofmannsthal:
Der Tod des Tizian.
Der Tor und der Tod
Nachmittags 3 Uhr:
Alt-Heidelberg
Abends 7 Uhr:
Figaros Hochzeit.
Dienstag, den 25. Februar:
Helden auf Helgoland.

Die Staatsapothek.

Unser Leipziger Parteiorgan, die „Freie Presse“, schreibt: Es ist schon soviel über die Sozialisierung der Bergwerke...

Ganz besonders hat das Proletariat ein Interesse, neben Lebensmitteln ausreichend mit Arzneimitteln versorgt zu werden. Solange aber die Arzneiverzorgung in Händen von mit allerlei Privilegien ausgestatteten Kapitalisten liegt...

Und in den Händen auch solcher Leute liegt die Arzneiverzorgung des Proletariats! So braucht man sich nicht zu wundern, daß man z. B. bei einer Kommerzienratswitwe dieser Tage in Leipzig 30 Büchsen Kindermilch...

Ebenso sind durch den auch von Apothekern unterstützten Wucher mit Arzneimitteln die Preise für sehr wichtige Stoffe wie Kodein und Morphium derart in die Höhe getrieben worden, daß der Arzt diese Mittel für Kassennitglieder nicht verschreiben kann...

wird im Prinzip meist nach dem Grundsatz gearbeitet, daß für die Kassennitglieder alles gut ist. „Gott, die Kassen bezahlen ja nicht!“ Es muß seitens der Volksvertreter zuerst einmal mit aller Energie die Verstaatlichung des Arzneiwesens gefordert werden.

Wirtschaftliches.

Die Erbschaft im Reichsernährungsamt.

Niemand hat Freude an ihr, und die Schwierigkeiten bei der Besetzung des Amtes, die sich in Weimar ergaben, zeigen deutlich, daß keiner der Kandidaten mit besonderem Eifer die Erbschaft anzutreten bestritt war.

Posen erhöht auf unsere Rechnung die Brottration.

Das Posener Ernährungsamt hat angeordnet, das Brotgetreide zur Verbesserung des Brotes fortan auf 75, statt wie bisher auf 94 Prozent, auszumahlen.

Der Mangel an Lokomotiven.

Der Fehlbeitrag an Lokomotiven beläuft sich gegenwärtig auf 1800. Sobald die Ablieferung an die Entente beendet ist, was voraussichtlich bald geschehen wird, dürfte dieser Fehlbeitrag in etwa 2 Monaten durch Wiederherstellung des reparaturfähigen Materials beseitigt sein.

Deutsche Kohlen für Frankreich.

In der Sitzung der Waffenstillstandskommission legte der Vertreter der deutschen Regierung nachdrücklich Verwahrung dagegen ein, daß seit Anfang Januar monatlich 250 000 Ton. deutscher Kohlen auf französische Rechnung aus dem Saarrevier nach Italien ausgeführt werden.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Konzentration der Angestelltenbewegung macht gute Fortschritte. Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, die auf streng gewerkschaftlicher Grundlage steht...

Gewerkschaften und Spartakus. In der Generalversammlung der Dresdener Metallarbeiter wurde nach eingehender Aussprache über die Bestrebungen der Spartakusanhänger in der 29 500 Mitglieder zählender Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes nachstehende Entschliessung einstimmig angenommen: „Die Generalversammlung verurteilt das Treiben eines Teiles der Mitglieder, das eine Zersplitterung, zum mindesten schwere Schädigung unseres Verbandes und somit der Interessen unserer Kollegen zur Folge haben dürfte.“

Soziales.

Die Arbeitslosigkeit.

Der Leiter des Demobilisationsamtes, Reichsminister Köth, hielt vor Vertretern der Presse einen Vortrag, indem er unter anderem ausführte: Die Zahl der Arbeitslosen habe eine Million überschritten. Die Unterbringung der Arbeitslosen auf dem Lande bereite große Schwierigkeiten, da man städtischen Arbeitern nicht zumuten könne, verlassene Baracken zu beziehen.

Vor dem Andrang zu den technischen Berufen marzt der Bund der technisch-industriellen Beamten. Während der Kriegszeit war die Nachfrage nach technischen Angestellten verhältnismäßig groß, so daß sich viel Kriegsverletzte, die für ihren früheren Beruf nicht mehr tauglich waren, zu Zeichnern, Technikern usw. mehr oder weniger ausreichend ausbilden ließen.

Eine königliche Schauspielerin.

Roman von Ludwig Bendler.

2. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.) „Ja, wie er der Kind beim Krangel sagte, um sie mit so viel Macht gegen die Wand schmeiß, daß die Kleine mit'n Loch in Kopf bolag und kein Mucks mehr von sich gab.“

„Im Eifer des Amtes.“ — „Mühten Sie doch immer Herr über sich selbst bleiben und es ganz besonders vermeiden, ein Kind mehrfach zu verletzen. Die Berta hat aber laut Bescheinigung des Herrn Doktor Rittershaus — hier liegt es — auch außer der Kopfwunde an ihrem schwächlichen Körper noch einige andere Abzeichen außergewöhnlich harter Mißhandlungen, die —“

rat markierte eine Ohrfeige — zu wissen geist hat. Frau Nierig, heute ja durch mancherlei Leid, Arbeit und Sorge stark mitgenommen, war vor gar nicht langer Zeit noch eine hübsche Frau. Man wüßte von dieser Frau Nierig mit ihr nichts, wenn Sie nicht „von der freien Person und, daß Sie es ihr eintränten wollten.“

